

## Antrag

**der Abgeordneten Grigorios Aggelidis, Katja Suding, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

## Familienpolitik krisensicher und verlässlich gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie schnell eine Krise unser Land, die Bewohner und unsere politischen Entscheidungsorgane unvorbereitet treffen kann. In der Corona-Krise mussten schnell Regelungen geschaffen werden, um die Ausbreitung des Virus zu bremsen und mögliche Auswirkungen auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen abzumildern. Dabei blieb kaum Zeit, eine den Regelungen und Einschränkungen angemessene parlamentarische Debatte zu führen. Auch konnten aufgrund der mangelhaften Faktenlage keine wissenschaftlichen Untersuchungen der Regelungen im Vorfeld durchgeführt werden. Für ähnliche gesundheitliche, ökonomische oder andere Krisen sollten wir daher in Zeiten mit weniger politischem Druck die geltenden Gesetze und Regelungen für Familien krisenfest und verlässlich machen und mögliche Lücken schließen.

Aber auch die bereits geplanten Vorhaben, wie die weitere Digitalisierung der Familienleistungen, müssen in Anbetracht einer zuverlässigeren Gestaltung in gesundheitlichen Krisen priorisiert werden. Zudem können die Hindernisse für eine reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen zuständigen Ministerien, Ämter und Behörden überprüft und beseitigt werden.

Den Eltern steht in Krisenzeiten Unterstützung mit Verständnis und Verlässlichkeit zu, beide fehlen noch dauerhaft.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, auf,
1. in turnusmäßigen Tagungen die verantwortlichen Führungskräfte im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die aktuelle Lage einschätzen zu lassen, die betreffenden Gesetze und Regelungen überprüfen und nötige Anpassungen vorschlagen zu lassen und die Ergebnisse zu veröffentlichen;
  2. die Bundesministerin bzw. den Bundesminister für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bei regelmäßigen krisenbedingten Tagungen (wie beispielsweise dem sog. Corona-Kabinett) mit einzubeziehen;
  3. die Digitalisierung der Familienleistungen, vor allem die Beantragung, deutlicher voranzutreiben;
  4. die rechtlichen Voraussetzungen für eine reibungslosere Zusammenarbeit der Ministerien, Ämter und Behörden bei den Familienleistungen zu überprüfen und Vereinfachungen in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ämtern und Behörden anzustoßen;
  5. verlässliche Lohnentschädigungen zu entwerfen, die bei entsprechenden Krisenauswirkungen auf Familien, wie die zeitweise oder dauerhafte Einschränkung des Regelbetriebs von Schul-, Kita und sonstigen Kindertageseinrichtungen, einen Entschädigungsanspruch auf den entfallenden Lohn schaffen;
  6. die Lohnentschädigung auch für die Zeiten, in denen Kitas und Schulen wegen der Schulferien oder aufgrund von Schließzeiten geschlossen sind, für die Dauer der Krise zu leisten;
  7. die geltende maximale Anzahl von Krankentagen pro Kind für Eltern innerhalb einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite auszusetzen;
  8. Rahmenbedingungen zu schaffen, die Eltern echte Wahlfreiheit geben, Erwerbs- und Sorgearbeit nach individuellen Wünschen und Bedürfnissen untereinander aufzuteilen, z. B. flexible Arbeitsmodelle für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter.

Berlin, den 11. August 2020

**Christian Lindner und Fraktion**